

Haushalt

Köln hat 2,5 Milliarden Euro Schulden

Von Susanne Happe, 13.10.11, 21:05h, aktualisiert 14.10.11, 09:09h

"Strikte Disziplin" ist die Devise: Die Lage ist ernst, aber es könnte schlimmer sein. Das war die Botschaft von OB Jürgen Roters und Stadtkämmerin Gabriele Klug beim Einbringen des städtischen Etats 2012 im Rat. Köln hat 2,4 Milliarden euro Schulden und es kommen 252 Millionen dazu.



Die Lage ist ernst, aber es könnte schlimmer sein.
(Bild: dpa)

Die Lage ist ernst, aber es könnte schlimmer sein. Das war die Botschaft von Oberbürgermeister Jürgen Roters und Stadtkämmerin Gabriele C. Klug bei der gestrigen Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2012 im Rat. Klug bescheinigte der Stadt Stärke, „diese Stärke wird nötig sein, um die Auswirkungen der Finanzkrise und der schwächelnden Konjunktur für Köln zu bewältigen“. Einerseits habe die Kölner Wirtschaft die Krise 2009 / 2010 gut gemeistert, andererseits sei die Unruhe an den Finanzmärkten unverkennbar, warnte der Oberbürgermeister.

Roters: „Strikte Haushaltsdisziplin“ ist die Devise

Die Stadt Köln ist mit fast 2,5 Milliarden Euro verschuldet, in diesem Jahr werden noch einmal 252 Millionen dazu kommen. Bis zum Jahr 2015, so Roters, werde der Haushaltsausgleich nicht gelingen. „Strikte Haushaltsdisziplin“ sei weiterhin die Devise. Es werde auch in Zukunft keinen sozialen Kahlschlag geben, versicherte der OB. Die Privatisierung kommunaler Unternehmen bleibe tabu. „Glücklicherweise gehört Köln nicht zu den Kommunen, die an die Grenze der Zahlungsunfähigkeit geraten sind“, man werde den Kurs der Haushaltskonsolidierung konsequent fortsetzen. Die Stadtkämmerin unterstrich in ihrer Rede, der nun vorgelegte Haushalt sei kein jahresbezogener Kraftakt mehr wie in der Vergangenheit, sondern ein „kontinuierlicher Verbesserungsprozess“.

Im Haushaltsplan 2012 stehen Erträgen von 3,3 Milliarden Euro Aufwendungen von 3,6 Milliarden gegenüber, die Deckungslücke liegt bei gut 250 Millionen Euro - über 80 Millionen Euro mehr als beim Doppelhaushalt 2010 / 2011. 150 Millionen davon könne die Stadt nicht aus eigener Kraft steuern, beklagte Roters, da müssten Korrekturen von Bund und Land erfolgen. Klug führt das hohe Defizit zum einen auf die Gewerbesteuer zurück, zum anderen seien die Personalkosten nicht wie geplant reduzierbar gewesen. So müsse man Ingenieure beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau schon deshalb neu einstellen, weil der dritte Abschnitt des Stadtbahnbaus von der KVB an die Stadt übergegangen ist.

Platz eins belegen "Soziale Hilfen"

An den Aufwendungen für das Jahr 2012 in Höhe von 3,56 Milliarden Euro macht der Bereich „Soziale Hilfen“ mit rund 712 Millionen den größten Batzen aus, Platz zwei belegt die „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ mit 603 Millionen Euro. Für „Bauen und Wohnen“ werden über 76 Millionen ausgegeben, für „Verkehrsflächen und ÖPNV“ etwa 314 Millionen und für Schulträgeraufgaben 352 Millionen. „Kultur und Wissenschaft“ bekommt 177 Millionen und die „Natur- und Landschaftspflege“ 79 Millionen Euro.

In zehn Jahren soll ein ausgeglichener städtischer Etat vorgelegt werden, bis dahin müssen jedes Jahr etwa 40 Millionen Euro eingespart werden. Das kann nur durch Standardreduzierung und Aufgabenabbau gelingen, darin sind sich OB Jürgen Roters und Klug einig. Bis zum Jahr 2015 sollen so 150 Millionen eingespart werden. Für 2012 seien es 30 Millionen, die die Dezernate angemeldet hätten, die aber nicht genehmigt worden seien, sagte Klug. 2013 sollen 45 Millionen, 2014 40 Millionen und 2015 35 Millionen eingespart werden. 60 Millionen Euro wird der Stadtwerkekonzern im kommenden Jahr überweisen.

Hoher Kreditbedarf für Investitionen

Mit 344 Millionen Euro ist der Kreditbedarf für Investitionen im kommenden Jahr besonders hoch. Das liegt daran, dass 172 Millionen Euro fällig werden, weil Beteiligungen der Sparkasse Köln-Bonn von der Stadt übernommen werden. Außerdem verschlingen Investitionen bei der Schulpauschale, dem Rheinboulevard, der Feuerwehr oder im Sportbereich Geld. Im Haushaltsplanentwurf 2012 ist eingerechnet, dass der Bund die Kommunen ab kommendem Jahr bei den Kosten der Altersarmut entlasten wird. Ab 2014 werden sie von Berlin in voller Höhe übernommen - mehr als 94 Millionen Euro.

<http://www.rundschau-online.de/jkr/artikel.jsp?id=1316703181740>

Alle Rechte vorbehalten. © 2011 **Kölnische Rundschau**